

Kirgistan unter neuer Führung

Aufbruch in eine bessere Zukunft?

Beate Eschment*

Mitte September 2005 häuften sich beunruhigende Nachrichten aus Kirgistan: Absetzung des Generalstaatsanwaltes, der die verbreitete Korruption mit Nachdruck verfolgt hatte, Ermordung eines Parlamentsabgeordneten, Notsitzung des Parlaments. Dabei war erwartet worden, daß Ruhe einkehren würde, nachdem Kurmanbek Bakiev am 10. Juli von der Bevölkerung mit dem überraschend hohen Ergebnis von 89% der abgegebenen Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt und am 14. August 2005 feierlich in sein Amt eingeführt worden war. Deutschland und Westeuropa braucht in der hochproblematischen Region um Kirgistan dringend Verbündete. Und Kirgistan ist der einzige Staat dieser Region, in dem relative politische Liberalität herrscht, während islamistische Fundamentalisten noch keinen entscheidenden Einfluß haben.

Der neue Präsident Kurmanbek Bakiev hat langjährige politische Führungserfahrung, seine Wahl wurde international anerkannt. Gemeinsam mit seinem neuen Premierminister Feliks Kulov schien er die besten Voraussetzungen mitzubringen, um die dringend erforderlichen politischen und ökonomischen Reformen durchzusetzen. Eine genauere Analyse der Ausgangssituation und der ersten Maßnahmen Bakievs zeigt jedoch, daß die Probleme schwer zu lösen sind und daß die Handlungsmöglichkeiten des neuen Präsidenten ebenso begrenzt sind wie sein Reformwille.

Der Machtwechsel in Kirgistan wird von der kirgisischen Öffentlichkeit und internationalen Beobachtern gerne als »Tulpenrevolution« bezeichnet. Trotz unübersehbarer Eigenheiten wurde der

Sturz Askar Akaevs in eine Reihe mit den vorhergehenden »bunten Revolutionen« im postsowjetischen Raum gestellt: mit den friedlichen Machtwechseln in Georgien (2003) und in der Ukraine (2004). Inzwischen wird aber immer deutlicher, daß dieser Vergleich fehlgeht und der Regimewechsel in Bischkek weder als Revolution noch als Sieg der Demokratie gewertet werden darf. Er ist eher ein Symptom für fragile Staatlichkeit.

Symptome fragiler Staatlichkeit

Bakievs Amtsvorgänger Akaev galt noch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre als Demokrat, baute dann aber seine Kompetenzen zielgerichtet aus und regierte in zunehmend autoritärem Stil. Im Kreis

* Die Autorin ist seit 2004 tätig am Sonderforschungsbereich 586 »Differenz und Integration«, Institut für Orientalistik, Universität Halle-Wittenberg, der die Beziehung zwischen Nomaden und Sesshaften untersucht

seiner zentralasiatischen Kollegen wirkte er als am meisten gemäßigter Präsidialautokrat. Doch spricht vieles dafür, daß seine Mäßigung weniger seinem politischen Willen zu verdanken war, sondern eher auf dem Mangel an Machtmitteln beruhte, der ihm eine härtere Gangart verwehrte. Dabei hatte der Präsident durch Verfassungsänderungen de jure immer mehr politische Macht bei sich konzentriert, damit aber den Gesamtstaat durch die Marginalisierung anderer staatlicher Institutionen geschwächt. Gleichzeitig reichte seine reale Macht nicht weit genug. Die Folge war, daß sich einzelne Bürokraten und vor allem die Gouverneure der Regionen der zentralen Kontrolle immer mehr entzogen. Sie konnten ein Eigenleben entfalten, das von Machtmißbrauch, Klientelismus und Korruption geprägt war. Kriminelle Strukturen konnten die Schwäche des Staates und insbesondere seiner Sicherheitskräfte ausnutzen und immer größeren Einfluß auf die Politik nehmen, sich quasi in den Staat einkaufen.

Mit der nominellen juristischen wuchs auch die wirtschaftliche Macht und der Reichtum der Präsidentenfamilie und anderer der Führung nahestehender Personen. Im Kontrast dazu geriet das Land, das schon in der Sowjetzeit die zweitärmste Republik der Union war, in den neunziger Jahren in eine schwere Wirtschaftskrise. Das nachsowjetische Kirgistan leidet unter hoher Auslandsverschuldung, Verarmung seiner Bevölkerung und anderen sozialökonomischen Problemen. Die kirgisische Wirtschaft weist so massive strukturelle Mängel auf, daß eine rasche Erholung auch nach einem politischen Machtwechsel nicht zu erwarten war. Obwohl sich die makroökonomische Situation in den letzten Jahren verbessert hat, wurde dies für die breite Bevölkerung noch nicht spürbar. Während die Bevölkerung mit sinkenden Renten, Zahlungsrückständen bei Löhnen und Arbeitslosigkeit konfrontiert war, zeigte eine Führungsschicht aus Politikern, neureichen Unternehmern und Kriminellen ungeniert ihren Reichtum.

Die Korruption gilt als die wirksamste Entwicklungsbremse. Sie untergräbt das Vertrauen in die Staatsgewalt und fügt dem Land gewaltigen ökonomischen Schaden zu. Im Korruptions-Ranking von Transparency International liegt Kirgistan auf dem 122. von 145 Rängen. Im Land selbst kursieren unterschiedliche Angaben über die Dimension des Problems. Bakiev sprach im Frühjahr 2005 davon, daß zwei Drittel der Steuereinnahmen in der Familienkasse des Akaev-Clans gelandet seien. Nach anderen Quellen versickerte ein Fünftel des jährlichen Staatsbudgets in dunklen Kanälen. Der Staat wurde auf diese Weise durch seine beschränkte Zahlungsfähigkeit zusätzlich geschwächt und konnte elementaren Aufgaben im Bereich der Wohlfahrt immer weniger nachkommen. Die Infrastruktur verfiel zusehends, die Bildungs- und Gesundheitssysteme standen von dem Zusammenbruch. Die allgemeine Kriminalität im Land griff um sich. Private Gewaltakteure im großen Stil hatten sich allerdings noch nicht etabliert.

Seit seiner Konstituierung als Sowjetrepublik ist Kirgistan zweigeteilt: in den stärker russifizierten und industrialisierten Norden (Issyk-Kul, Naryn, Chui) mit der Hauptstadt Bischkek sowie den landwirtschaftlich geprägten ärmeren und traditionelleren Süden (Osch, Jalalabad, Batken) mit einem hohen usbekischen Bevölkerungsteil. Diese Spaltung hat sich in den dreizehn Jahren der Herrschaft Akaevs in einem Maße vertieft, daß viele Kirgisen sie mittlerweile als die Hauptgefahr für die Staatlichkeit Kirgistans ansehen. Eine Ursache für diese Spaltung besteht darin, daß Stammes- und Familienzugehörigkeit bis heute die Grundlage für personelle, politische und ökonomische Entscheidungen bilden. Die Trennungslinie verläuft hauptsächlich zwischen unterschiedlichen Segmenten der kirgisischen »Titularnation«. Spannungen zwischen den Nationalitäten spielen keine wesentliche Rolle, ebensowenig fundamentalistische Varianten des Islam, die in Kirgistan (noch!) nicht das Hauptproblem darstellen.

Im Gegensatz zu anderen zentralasiatischen Staaten scheint die Bevölkerung Kirgistans bei oberflächlicher Betrachtung politisch aktiv zu sein. Schon seit Jahren wird immer wieder von Demonstrationen und Hungerstreiks berichtet. Doch geht es dabei meist um Personen – etwa um bei Wahlen abgewiesene oder gescheiterte Kandidaten –, nicht um politische Programme oder Ziele. Die Proteste sind insofern Ausdruck traditioneller personeller, verwandtschaftlicher und lokaler Bindungen.

Der unerwartete Erfolg des Umsturzes, der sich am 24. März mit der Erstürmung des Weißen Hauses in Bischkek in wenigen Stunden vollzog, brachte ein gefährliches neues Handlungsmuster hervor. Viele Menschen setzen nun auf Selbsthilfe, da sie seit Jahren die Erfahrung gemacht haben, daß ihre Stimmen bei Wahlen nicht zählen und daß die Verwaltungen und Rechtsorgane ihren Aufgaben nicht nachkommen. Sie stürmen Gerichte, Verwaltungsgebäude und Industriebetriebe, um Entscheidungen im Sinne ihrer Interessen zu erzwingen. Rings um Bischkek und Osh kam es zu wilden Landnahmen durch Zuwanderer, die nicht länger auf die Einlösung ihres gesetzlichen Anspruchs auf Zuweisung von Bauland warten wollten. Im Ferganatal brachen regelrechte Kämpfe um die von Bakiev angeordnete Neubesetzung von Ämtern aus. Mitte Juni kommandierte der als Kandidat für die Präsidentschaftswahl – juristisch einwandfrei – abgelehnte Urmatbek Baryktabosov seine Anhänger zum Sturm auf das Weiße Haus. Man spricht bereits spöttisch von einem neuen »Volkssport«, der freilich für die innere Stabilität des Landes höchst gefährlich ist und den Mangel an Vertrauen in den Staat ebenso zum Ausdruck bringt wie wachsende Ungeduld.

So bleibt die Ausgangssituation für die neue kirgisische Führung außerordentlich prekär: Ihre Hauptziele, die politische und ökonomische Stabilisierung eines schwachen Staates, sind nur sehr langfristig zu erreichen, und die Geduld der Bevölkerung ist sehr begrenzt. Daß Bakiev durch eine

demokratische Wahl legitimiert ist, hat zwar große Bedeutung für sein internationales Ansehen. Für die Masse der kirgisischen Bevölkerung fallen aber seine Herkunft aus dem Süden und eine rasche Verbesserung ihrer eigenen Lebensverhältnisse mehr ins Gewicht.

Bakiev und Kulov: Reformorientierte Akteure?

Ebensowenig wie Akaev hat der fünf Jahre jüngere neue Präsident eine Nomenklatura-Vergangenheit, die in sowjetische Zeit zurückreicht. Die politische Karriere Kurmanbek Bakievs (Jg. 1949) begann erst unter der Ägide Akaevs, in der er 1995 das Amt des Gouverneurs seiner Heimatregion Jalalabad übernahm. Wenige Jahre später brachte er es bis zum Premierminister (2000–2002). Im Mai 2002, nachdem die Miliz tödliche Schüsse auf Demonstranten abgefeuert hatte, verließ Bakiev die Regierung und ging nach einem für Politik in Zentralasien typischen Muster in die Opposition, 2004 wurde er Führer des Oppositionsbündnisses NDK. Daß die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen bei der umstrittenen Parlamentswahl im Februar 2005 offensichtlich gefälscht war, gilt als einer der Auslöser für die Unruhen, die zum Sturz Akaevs und zur Amtsübernahme durch Bakiev führten. Bakiev selbst war – wie die gesamte Opposition – auf einen Machtwechsel zu diesem Zeitpunkt kaum vorbereitet.

Als Vertreter des Südens hatte Bakiev in der Hauptstadt nur wenig personellen Rückhalt. Hier dominiert die Elite aus den »nördlichen Clans«. Die Führungsmannschaft, die Bakiev für die Übergangszeit aufstellte, enttäuschte schon bald die Erwartungen auf einen Neuanfang. In ihr waren so wenige junge Leute vertreten, daß sich ein Kommentator an eine Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU erinnert fühlte. Zunächst ging es vor allem darum, Akaev-Anhänger auszuschalten und im nächsten

Karte Kirgistan und sein regionales Umfeld



Quelle: <<http://www.trescherverlag.de/Reisen/pages/Kirgistan-Karte.html>>.

Schritt die anstehende Präsidentschaftswahl zu gewinnen. Zu diesem Zweck mußte Bakiev die zahlenmäßig kleine und zerstrittene Opposition auf seine Seite ziehen. Sein klügster personalpolitischer Schachzug war die Einbindung Feliks Kulovs in sein Wahlkampfteam und in die neue Regierung.

Wie Bakiev war auch Feliks Kulov (Jg. 1948) ein Vertrauter Akaevs und Regierungsmitglied, bis er sich 1999 mit dem Präsidenten überwarf und in die Opposition ging. Der aus dem Norden stammende ehemalige KGB-General hat als Innenminister der kirgisischen Sowjetrepublik eine wichtige Rolle bei der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 gespielt. Unter Akaev setzte er seine politische Karriere fort. Dabei trat Kulov wiederholt von politischen Ämtern zurück, um gegen Mißstände zu protestieren: Ende 1993 legte er das Amt eines stellvertretenden Staatspräsidenten aus Protest gegen die Korruption in der Regierung nieder. Im April 1999 warf er Akaev in einem offenen Brief undemokratisches Vorgehen und Rechtsverstöße vor und quittierte das Amt des Bürgermeisters der Hauptstadt. Zwischendurch war er Gouverneur der Region Chui und Sicherheitschef der Kirgisischen Republik.

Bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2000 erlitt er als unabhängiger Kandidat

eine Niederlage, weil die Akaev-Administration seine Wahlergebnisse gefälscht hatte. Das rief Protestkundgebungen hervor. Kulov wurde schließlich von der Akaev-Administration aus dem Verkehr gezogen, indem man ihn zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilte. Am Tag des Sturzes von Akaev (24.3.2005) wurde Kulov befreit. Daß es ihm als kommissarischem Vizepremier innerhalb kürzester Zeit gelang, den grassierenden Plünderungen und Unruhen in Bishkek ein Ende zu setzen, dürfte ein klares Indiz für seinen großen Einfluß auf die Sicherheitskräfte sein, der auch nach Jahren im Gefängnis noch wirksam war.

Bakiev und Kulov schlossen Mitte Mai ein Wahlbündnis im beiderseitigen Interesse: Bakiev wollte durch den Schluß mit dem im Norden populären Kulov Stimmen für sich gewinnen und sicherte Kulov für den Fall des Wahlsiegs das Amt des Premierministers zu. Die Rechnung ging auf: Bei der Wahl erhielt Bakiev auch im Norden zwischen 66 und 88% der Stimmen. Der neu gewählte Präsident ernannte seinen Partner vereinbarungsgemäß zum Premierminister. Daß er seine Nominierung im Parlament aber über die von der Verfassung vorgegebene Frist hinaus verzögerte, rief Gerüchte über Betrugsabsichten Bakievs hervor. Kulov wurde am 1. September schließlich doch noch vom

Parlament mit 55 von 66 Stimmen gewählt. Wäre er abgelehnt worden, hätte dies neue Demonstrationen und Unruhen zur Folge gehabt. Ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung des Landes schien getan.

Eine langfristige Zusammenarbeit beider Politiker wird als Grundvoraussetzung für eine stabile Entwicklung Kirgistans gesehen. Nur in dieser Konstellation, so Beobachter, könnten sich die beiden Landesteile gleichermaßen vertreten fühlen. Kulovs Beliebtheit gäbe der Führung einen Vertrauensvorschuß. Die sehr unterschiedlichen Kompetenzen beider Politiker könnten sich gut ergänzen. Allerdings bestehen große Zweifel, daß diese Doppelspitze langfristig reibungslos funktioniert. Das persönliche Verhältnis der beiden Politiker gilt als eher schlecht. Politisch zeichnen sich immer mehr prinzipielle Unterschiede ab. Auch die vor der Wahl getroffene Vereinbarung, nach der Bakiev als Präsident die Innen- und Außenpolitik, Kulov als Premier die Wirtschaft leiten soll, birgt reichlich Stoff für Konflikte. Die Prognose für das Duo ist also eher ungünstig.

Welche Rolle kann das Parlament im Reformprozeß spielen? Seine Legitimität ist nach wie vor umstritten. Die gefälschten Ergebnisse der Wahl dieser Volksvertretung waren schließlich der Auslöser für den Sturz Akaevs gewesen. Immerhin hat das neue Parlament auf Beschluß der Zentralen Wahlkommission ordnungsgemäß seine Arbeit aufnehmen können. Forderungen nach Neuwahlen sind aber bis heute nicht verstummt. Neuwahlen würden allerdings die innere Stabilität gefährden, denn verärgerte Deputierte würden nach dem bekannten Muster ihre Anhänger erneut auf die Straße schicken. Sie haben schließlich viel Geld investiert, um gewählt zu werden, und wollen nun Gewinn aus ihrem Mandat ziehen. Die Volksvertretung wird ohnehin stark von reichen Geschäftsleuten dominiert, so daß in der Bevölkerung das Wort vom »Parlament der Geldbeutel« umgeht. Einigen Abgeordneten werden zudem Kontakte zum kriminellen Milieu nachgesagt, so auch dem unlängst ermordeten Baya-

man Erkinbaev. Viele von ihnen sind also aus triftigen Gründen auf ihre Immunität als Parlamentarier angewiesen. Von einem solchen Parlament wird man keine echte Reformorientierung erwarten können. Das haben die Parlamentarier bei der von der Verfassung geforderten Bestätigung der von Bakiev vorgeschlagenen neuen Regierung Ende September deutlich bewiesen, als sie in geheimer Abstimmung nur 10 von 16 vorgeschlagenen Ministern akzeptierten und ausgerechnet den westlich und reformorientierten Nominierten, darunter Roza Otunbaeva, die Bestätigung verweigerten. Damit gibt es neben Feliks Kulov keine Reformvertreter mehr in den höchsten Führungspositionen.

Erste Reformschritte?

Mehr Demokratie, Dezentralisierung und Überwindung der Nord-Süd-Spaltung, Bekämpfung der Korruption, ökonomische Erholung, mehr Sozialleistungen – das waren Bakievs Versprechen im Präsidentschaftswahlkampf. Erste Maßnahmen, die bereits in der Übergangszeit getroffen wurden, waren vom Wahlkampf geprägte Ad-hoc-Entscheidungen. Seit der Inauguration des Präsidenten wurden weitere Pläne bekannt, wobei Unterschiede zwischen Bakiev und Kulov in der Akzentsetzung auffällig sind: Bakiev verspricht vorzugsweise Wohlfahrtsleistungen des Staates, Kulov will die Eigeninitiative fördern.

Unmittelbar nach dem Sturz Akaevs wurde ein Verfassungsrat aus 114 Vertretern von Parteien und Nichtregierungsorganisationen, von Parlament und Regierung gebildet, der Vorschläge für Verfassungsreformen ausarbeiten soll. Seine Arbeit leidet aber an mangelndem Engagement der Mitglieder und prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten etwa in der Frage, ob Kirgistan ein parlamentarisches oder ein Präsidialsystem erhalten solle. Da weder der Präsident noch die Parlamentarier im Rat ein Interesse an der Verfassungsreform haben und Druck von der Bevölkerung in dieser Frage nicht zu

erwarten ist, bleiben neben Feliks Kulov nur einzelne Oppositionelle, Journalisten und westliche Rechtsberater und Organisationen, die eine entscheidende Veränderung mit Nachdruck fordern könnten.

Wichtig für den Staat wäre eine Wiedernäherung des Südens an den Norden. Seit der Bildung der Kirgisischen Sowjetrepublik ist Bakiev erst der zweite Vertreter des Südens im höchsten Führungsamt Kirgistans (der erste war Absamat Masaliev, der zwischen 1985 und 1990 an der Spitze des kirgisischen KP-Apparats stand). Eine funktionierende Zusammenarbeit mit Kulov als Vertreter des Nordens wäre ein wichtiger Pluspunkt. Einer solchen in Kirgistan verbreiteten Wahrnehmung liegt die Auffassung zugrunde, daß der Vertreter einer Region primär sein Herkunftsgebiet fördert und entsprechend weniger die Interessen des Gesamtstaates im Blick hat. Die Nord-Süd-Spaltung kann letztlich nur durch die Überwindung dieser Wahrnehmung und durch die Angleichung des Lebensstandards beider Landeshälften aufgehoben werden. Darauf abzielende Ansätze sind allerdings kaum zu erkennen.

Da unter Akaev der Norden in der Führung absolut überrepräsentiert war, erwartete man von Bakiev die Begünstigung von Politikern aus dem Süden. Während sie bis zu seiner Wahl eher unauffällig bevorzugt wurden, werden seither praktisch alle wichtigen Positionen mit Vertretern aus dem Süden neu besetzt. Was aber entscheidend ist: Es handelt sich auffallend oft um Mitglieder der Familie Bakiev. So wird nun beispielsweise ein Bruder des neuen Präsidenten Botschafter in Deutschland.

Bakiev betreibt folglich weniger eine strukturelle Förderung des Südens als Klientelpolitik. Er verschafft sich auf diese Weise eine Machtbasis und festigt damit aber auch die Vorbehalte des Nordens gegen seine Person und gegen die »Südlern« im allgemeinen.

In einigen Regionen des Südens hat sich die Lokalherrschaft der Gouverneure stark verselbständigt. Einen grundsätzlichen Schritt zur Wiederherstellung der Kontrolle

über diese Regionen machte Bakiev mit der Ankündigung, bis 2007 die Regionen als solche abzuschaffen. Damit würde den betreffenden Gouverneuren nicht nur das Amt, sondern gleich das Herrschaftsterritorium genommen.

Die Bedeutung von Antikorruptionsmaßnahmen

Besonders die Antikorruptionsmaßnahmen werden von der Bevölkerung mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Das Maß des Vertrauens in die neue Regierung hängt neben der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage vor allem von Erfolgen in diesem Bereich ab. Sofort nach dem Umsturz wurde eine spezielle Kommission zur Untersuchung der Vermögensverhältnisse der Familie Akaev eingesetzt. Die »Familie« soll nicht nur durch Korruption und Schattenwirtschaft, sondern auch durch erpresserische Übernahme gutgehender Unternehmen zu Reichtum gekommen sein. Die Kommission konnte zwar neue Erkenntnisse gewinnen, aber bislang keine juristisch wirksamen Schritte veranlassen, denn die des Betrugs, der Unterschlagung und Steuerhinterziehung Beschuldigten genießen entweder Immunität oder halten sich im Ausland auf, überwiegend in Rußland.

Generell sind im Kampf gegen die systemische Korruption auf allen Ebenen keine entscheidenden Maßnahmen und Erfolge zu erkennen. Ein im April gestartetes Hundert-Tage-Programm zur Wiederherstellung von Stabilität und Rechtsordnung, das sich vor allem gegen die Korruption richtet, mußte wegen fehlender Ergebnisse verlängert werden. In einigen Regionen gilt das Programm bereits als gescheitert. Ministerien und Regionalbehörden wird vorgeworfen, die Aufklärung von Korruptionsfällen zu behindern. Am 19. September wurden der Generalstaatsanwalt Azimbek Beknazarov und sein Stellvertreter entlassen, allem Anschein nach wegen zu großen Engagements im Antikorruptionskampf. Zur Zeit ist aber in diesem wie auch

in anderen Entlassungsfällen nicht sicher zu entscheiden, ob es sich dabei um sachlich begründete Personalmaßnahmen oder um Klientelpolitik und politische Machtkämpfe handelt.

Im Unterschied zu Bakiev, der im Kampf gegen die Korruption ein Glaubwürdigkeitsproblem hat, gilt Kulov geradezu als Saubermann. Auch er hat unmittelbar nach seiner Wahl erklärt, daß ein Antikorruptionsprogramm die Hauptaufgabe seiner Regierung sei. Mangelnde Erfolge bei der Bekämpfung von Korruption sind allerdings nicht nur typisch für die Bilanz der neuen Führung. Eine 2003 unter Akaev gestartete Antikorruptionskampagne blieb genauso erfolglos wie entsprechende Maßnahmen in der Ukraine und in Georgien nach ihren bunten Revolutionen. Abgesehen von der Bestrafung der härtesten Fälle sind Ergebnisse nur ganz langfristig durch Gesetzesänderungen, Verbesserung der Gehälter und eine Veränderung des Rechtsbewußtseins zu erzielen. Hier wäre an Schulungen, aber beispielsweise auch an die Einrichtung von Beschwerdestellen, die Ernennung von Ombudsleuten als Beschwerdeinstanz gegen Korruption (aber auch Ämterkauf, Machtmißbrauch etc.) zu denken. Neben der Kontrollfunktion böten sie der Bevölkerung auch eine reguläre Möglichkeit, um Beschwerden und Ärger zu artikulieren.

Ökonomie und außenpolitische Orientierung

Viele der Wahlversprechen Bakievs sind nur zu erfüllen, wenn mehr Geld in die Staatskassen kommt. Zwar konnte Bakiev mit Stolz darauf verweisen, daß während seiner Übergangsregierung die Steuereinnahmen gestiegen seien. Aber das wird nicht reichen, solange eine durchgreifende ökonomische Erholung ausbleibt. Die im Wahlkampf versprochenen Sozialleistungen erfordern erheblich höhere Sozialausgaben. Zudem will Bakiev die hohe Auslandsverschuldung weiter abbauen. Der Sturz Akaevs hatte keinen Wirtschafts-

einbruch zur Folge gehabt. Ausländische Direktinvestitionen sollen im ersten Halbjahr 2005 im Vergleich zu 2004 sogar gestiegen sein, wenn auch das Wirtschaftswachstum, nach 7% im Jahr 2004, im laufenden Jahr geringer ausfallen wird.

Abgesehen von Absichtserklärungen ist in bezug auf die Reform und die Förderung der Wirtschaft noch wenig geschehen. Investitions- und Arbeitsbedingungen für Unternehmen sollen verbessert, die staatliche Einmischung verringert, das Steuersystem vereinfacht und die Steuererhebung verbessert werden. Die neue Führung lädt ausländische Firmen zur Ausbeutung der kirgisischen Goldvorkommen ein. Mit demselben Mittel hatte schon Akaev versucht, den kirgisischen Etat zu retten. Auch bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, der Lösung der Landfrage und der Armutsbekämpfung sind keine wirklich neuen Schritte unternommen worden.

Die schwierige geopolitische Lage Kirgistans, auf dessen Territorium amerikanische und russische Truppen stationiert sind und das zudem mit Usbekistan einen unbequemen und viel stärkeren Nachbarn hat, beschäftigt die Öffentlichkeit des Landes kaum. In der amtierenden Führungsmannschaft tendiert Bakiev, wie zuletzt auch Akaev, offensichtlich zu einem auf Rußland orientierten Kurs, während sich Kulov und mit ihm eine Reihe weiterer Übergangsminister für eine Fortschreibung der amerikanischen Truppenstationierung aussprechen. Zur Zeit ist auch hier noch nicht abzusehen, welche Position sich durchsetzen wird. Immerhin haben sich die widersprüchlichen Stellungnahmen Bakievs und Kulovs, die bei beiden Großmächten für Unruhe gesorgt haben, letztlich positiv für Kirgistan ausgewirkt. Dem Land werden auf diese Weise Aufmerksamkeit und Finanzhilfen von beiden Seiten zuteil: Der amerikanische Verteidigungsminister hat bei seiner Visite im Juli hohe finanzielle Zusagen gemacht, und in Moskau wurden Bakiev bei seiner ersten Auslandsreise als Präsident russische Investi-

tionen, Militärhilfe und ein Schuldenerlaß zugesagt.

Die Entwicklung des konfliktgeladenen Verhältnisses zu Usbekistan hat eine wichtige innenpolitische Komponente. Von Spannungen mit diesem Nachbarn drohen verringerte Gaslieferungen und geschlossene Grenzen im Ferganatal. Beides wirkt sozial und ökonomisch destabilisierend: Viele Menschen in diesem Teil Zentralasiens sind auf den Grenzhandel angewiesen. Die Wirtschaft Kirgistans hängt in hohem Maße von der Energieversorgung ab. Um so beachtlicher ist es, daß die kirgisische Regierung bislang dem usbekischen Druck standgehalten und die im Mai nach der brutal niedergeschlagenen Revolte aus Andischan geflohenen Usbeken (bis auf vier) nicht an Taschkent ausgeliefert hat.

Ausblick

Die enormen Schwierigkeiten, die die Aufgabe bereitet, einen politisch wie ökonomisch schwachen Staat zu stabilisieren, lassen eine rasche Verbesserung der Situation in Kirgistan nicht erwarten. Zudem kommen bereits Zweifel auf, ob der neue Präsident wirklich Veränderungen will. Denn man gewinnt zunehmend den Eindruck, daß er sich die Politik seines Amtsvorgängers Akaev zum Vorbild nimmt. Auch wenn der Machtwechsel in Bischkek im Hinblick auf Politisierung und demokratisches Bewußtsein der tragenden Akteure nicht mit dem in Georgien und der Ukraine vergleichbar ist, weisen bestimmte Merkmale in allen drei Fällen verblüffende Ähnlichkeiten auf. Wie bis vor kurzem in der Ukraine regiert in Kirgistan ein problematisches Führungsduo, das innen- und außenpolitisch unterschiedliche Ausrichtungen präferiert. Wie in den beiden anderen GUS-Republiken sieht sich auch die Bevölkerung Kirgistans in ihren Hoffnungen enttäuscht, die sie an den Sturz des zuvor amtierenden Präsidenten geknüpft hatte.

Ungeachtet dessen bietet sich Kirgistan als Ansatzpunkt deutscher und europäischer Politik in der Konfliktregion Zen-

tralasiens an. In der Region herrscht entweder (wie in Afghanistan) reale oder droht potentielle Instabilität (wie in Usbekistan), man hat es mit bizarren autoritären Regimen zu tun (vor allem in Turkmenistan und Usbekistan), deren Menschenrechtsverletzungen sogar von der amerikanischen Regierung beklagt werden und die eine für die internationale Politik zunehmend unberechenbare Außenpolitik betreiben. Dagegen kann das innenpolitische Klima in Kirgistan noch als liberal bezeichnet werden, und noch besteht eine gewisse Offenheit gegenüber dem Westen. Das kann sich aber rasch ändern. Was kann der Westen tun, um dies zu verhindern?

Zum einen sollten die politischen Vorgänge im Land aufmerksam und genau beobachtet werden; hier sind die OSZE, Botschaften, aber auch die Medien gefragt. Zum zweiten sollte der Westen gezielte finanzielle Hilfen leisten. Die ökonomische Unterstützung in Form von Kreditzusagen, Schuldenerlaß etc. muß jedoch an klar formulierte Bedingungen und Erfolgskontrollen geknüpft werden. Um zu verhindern, daß die Hilfe im korrupten System versickert oder dieses System sogar noch stützt, sollte die Verwendung der Entwicklungshilfegelder einem strengen Monitoring unterworfen werden.

Nur wenn für die enttäuschte Elite und die breite Öffentlichkeit zu erkennen ist, daß die internationale Öffentlichkeit die Situation in Kirgistan wahrnimmt und kritisiert und nicht zur Stützung des korrupten staatlichen Systems beiträgt, kann das verbreitete Gefühl der Hoffnungslosigkeit überwunden werden. Das wiederum ist wichtig, um Vertreter der Elite dazu zu bewegen, politisch wieder aktiv zu werden oder es zu bleiben. Und es ist auch wichtig, um die Bevölkerung von weiteren Selbsthilfeaktionen oder Aufständen abzuhalten.

Nicht nur die Kirgisen, sondern auch westliche Politiker müssen sich allerdings in Geduld üben: blühende Landschaften und eine Demokratie westlichen Typs sind in Kirgistan in dieser Generation nicht zu erwarten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364